

01.01.2019 - Exodus im Hinterhof

Der beschwerliche Marsch der zentralamerikanischen Flüchtlinge zur US-Grenze

von Leo Gabriel

Mitte Oktober beschlossen Hunderte von Honduranern aus San Pedro Sula ? der mit durchschnittlich 90 ermordeten Männern und Frauen pro 100000 Einwohnern wohl gewaltträchtigsten Metropole Lateinamerikas ?, den langen und bis vor kurzem ungemein gefährlichen Weg via Guatemala und Mexiko zur US-Grenze anzutreten.

Damals ahnte noch niemand, dass sie einen auf dem amerikanischen Kontinent einzigartigen Paradigmenwechsel in der Migrantenszene herbeiführen würden. Denn im Unterschied zu den Tausenden, die vor ihnen mit wechselndem Erfolg versucht hatten, sich als Einzelgänger ins «gelobte Land» durchzuschlagen, handelte es sich hier um eine weithin sichtbare Massenflucht ? oft von ganzen Familien, die versuchten, gegenüber den hoffnungslos überforderten Migrationsbehörden öffentlichen Druck aufzubauen. Trotzdem wäre es ungenau, diese Massenflucht als «Karawane» zu bezeichnen, weil darunter im allgemeinen eine in sich organisierte Menschenmenge verstanden wird, wie das etwa bei den zentralamerikanischen Müttern der Verschwundenen oder den Kolonnen der Familienangehörigen der Ermordeten unter der Leitung des bekannten mexikanischen Dichters Javier Sicilia vor zwei Jahren der Fall war. «Man kann das nur mehr als einen Exodus bezeichnen, der Teil einer seit Jahrzehnten in Gang befindlichen Völkerwanderung ist», meint der weit über die Grenzen Mexikos hinaus bekannte Priester Alejandro Solalinde, der an der Gründung von Dutzenden sogenannter *Casas de migrantes* beteiligt war; das sind Raststätten für jene, die in ihrer Heimat keine Überlebenschance mehr sehen.

Menschliche Tragödien

Die Tragödie dieser Menschen spiegelt sich in fast jedem einzelnen Schicksal derer wieder, denen wir im Laufe unserer Reise durch den südwestlichen Bundesstaat Oaxaca begegnet sind. In San Pedro Tapanatepec trafen wir unter den etwa 5000 Flüchtlingen Frauen mit Kindern, die davon erzählten, wie ihre Schwestern vergewaltigt und ihre Brüder von den Pandillas (Banden, die nur allzu oft mit der Polizei unter einer Decke stecken) ermordet wurden.

«Vor ein paar Jahren, als ich noch in einem Frauenfußballteam spielte, kamen plötzlich ein paar junge Fanatiker auf uns zu, packten ihre Pumpguns aus und begannen, wild um sich zu schießen. Das war ein richtiges Massaker, über das die Medien damals berichteten», sagt eine etwa 40jährige Bewohnerin eines Armenviertels der Hauptstadt

Tegucigalpa. Die meisten Migranten sind jedoch jünger; viele von ihnen haben ihre Kleinkinder mitgebracht, «damit sie einmal ein menschenwürdiges Leben führen können, das es in Honduras schon lange nicht mehr gibt», sagen sie.

Für sie alle ist das wichtigste, in die USA zu gelangen, um ihren daheimgebliebenen Familienangehörigen die sog. *remesas* schicken zu können, ohne die die Ökonomien von Honduras und El Salvador wahrscheinlich längst zusammengebrochen wären. Politisch argumentieren die wenigsten ? außer, dass sie sagen, dass sie sich von ihren Regierungen im Stich gelassen fühlen, weil sie keine Arbeit bekommen.

Warum ausgerechnet jetzt in die USA?

Padre Solalinde und viele andere Helferinnen und Helfer aus verschiedenen Religionsgemeinschaften und NGOs organisieren mit Unterstützung ihrer Gemeinden relativ spontan die manchmal heiß umkämpften Massenausweisungen oder behandeln die von den langen Märschen wunden Füße in provisorisch errichteten Gesundheitsposten.

Einige von ihnen versuchen die Flüchtlinge davon zu überzeugen, dass es für sie besser wäre, einige Zeit in Mexiko zu bleiben, sollten sie nicht von den mexikanischen Migrationsbehörden vorher abgefangen und deportiert werden. Denn sie wissen, dass gerade jetzt, wo Präsident Donald Trump entlang der Grenze zu Mexiko 6000 Armee- und Marinesoldaten hat aufmarschieren lassen, von den USA nichts Gutes zu erwarten ist. Und sie wissen auch, dass die mexikanische Bevölkerung, die sich im Süden des Landes und in der Hauptstadt den Flüchtlingen gegenüber fast immer sehr solidarisch verhält, immer unwirtlicher und aggressiver wird, je mehr sich der Tross der US-amerikanischen Grenze nähert.

«Da gibt es ein Geheimnis», sagt Padre Solalinde über den Exodus: «Diese Menschen folgen einem inneren Gesetz, das sie wie einen Chip im Kopf haben. Und dieses Gesetz sagt ihnen: ?Wenn die Reichen schon unsere Heimatorte zerstört haben, dann gehen wir dorthin, wo sie zu Hause sind.? Dieses Zuhause haben die Migranten in der Werbung, in den Nachrichten, im Fernsehen und in den Filmen gesehen. Also sagen sie: ?Dieses Leben wollen wir auch?, und ziehen los.»

So kam es, dass etwa die Hälfte der insgesamt 15000 Flüchtlinge, die seit Mitte Oktober den Suchiate-Fluss an der guatemaltekischen Grenze zu Mexiko durchquert hatten, letztendlich doch an die US-Grenze gelangten; und das, obwohl ihnen die Verwaltung von Mexiko-Stadt sogar Transportmittel zur Verfügung stellte, um sie von Puebla und Veracruz abzuholen. Diese beiden Städte werden nämlich von rechtskonservativen Gouverneuren von der PAN-Partei beherrscht, deren Mafias sie an der Weiterreise hindern wollten.

Aber auch Donald Trump tobte. Er bezeichnete die Flüchtlinge, die in wochenlangen Fußmärschen ziemlich unterernährt unterwegs waren, als «Invasoren» und drohte im Vorfeld der gleichzeitig stattfindenden Halbzeitwahlen mit der Einstellung sämtlicher Hilfsgelder an Honduras, El Salvador und Guatemala. Gleichzeitig verkündete er lautstark, die entlang der Grenze stationierten Soldaten würden zwar nicht mit scharfer Munition auf die Flüchtenden schießen, aber trotzdem jedes «legale Mittel» einsetzen, um sie davon abzuhalten, sein ach so gelobtes Land zu betreten.

Endstation Tijuana

Das Säbelrasseln Trumps verfehlte seine Wirkung auch in Mexiko nicht ? vor allem nicht in der nordwestlichen Grenzstadt Tijuana, wo die Migranten aus Honduras, zu denen sich in der Zwischenzeit auch ein paar tausend Flüchtlinge aus Guatemala und El Salvador gesellt hatten, letztendlich gelandet oder besser gesagt: gestrandet waren. Denn die Zahl der Beamten am Grenzübergang Benito Juárez, der legal nur über eine Brücke erreichbar ist, wurde angesichts des Ansturms stark reduziert und die Grenze fallweise überhaupt gesperrt, was wiederum den Unmut der in Tijuana ansässigen Pendler auslöste. Es kam zu Protesten der «Einheimischen» (die meisten davon sind selbst mexikanische Migranten), die lautstark «México primero» in Anlehnung an das Trumpsche «America first» skandierten.

Immer wieder versuchten Hunderte unter der Brücke das zubetonierte Flussbett des Tijuana-Flusses zu durchqueren. Dabei nahmen sie den Hagel von Tränengasbomben in Kauf, die die National Guard auf sie und ihre Frauen und Kinder abfeuerten. «Es ist schon sehr schwierig geworden, mit der Mauer und den Einwanderungs- und Asylgesetzen. Das Beste ist, wir bleiben in Mexiko oder kehren in unsere Länder zurück», sagte Luis Cifuentes, ein Migrant aus Guatemala, der sich ? spät, aber doch ? des Ernstes der Lage bewusst geworden war.

Tatsächlich gab es heuer in Tijuana, einem bis vor 25 Jahren noch relativ kleinen Städtchen, das heute 1,6 Millionen Menschen beherbergt, 2300 Tötungsdelikte. Die verfeindeten Drogenkartelle Sinaloa und Jalisco Nueva Generación kämpfen hier um einen der lukrativsten Märkte des Landes ? in einer Stadt, die nur 30 Kilometer Luftlinie vom kalifornischen San Diego entfernt ist.

Am betonierten Kanal des Tijuanaflusses, den die Migranten in ihrer Verzweiflung zu durchqueren suchen, machen die Verbrechersyndikate ihre Geschäfte, und in den Rotlichtvierteln floriert die Zwangsprostitution.

Angesichts dieser Umstände stellen viele Beobachter die Frage, wer hinter der in ganz Zentralamerika vertretenen NGO *Migrantes sin fronteras* steckt, die den Exodus von Anfang an begleitet hat. Sie hat sich in aller Öffentlichkeit gegen jene gestellt, die wie

Padre Alejandro Solalinde den Flüchtlingen davon abgeraten haben, zu diesem Zeitpunkt an die US-Grenze zu marschieren. Denn sogar, wenn sie es schafften, auf die andere Seite zu gelangen, um dort für sich oder ihre Familienangehörigen einen Asylantrag zu stellen, sind ihre Chancen zu bleiben sehr gering: Laut Aussagen eines Rechtsanwalts, der auf der US-amerikanischen Seite arbeitet, werden 98 Prozent der Asylanträge abgewiesen.

Hochgesteckte Ziele

Dass die zentralamerikanischen Migranten lieber in Mexiko bleiben sollten, ist auch die Position des neuen mexikanischen Präsidenten Andrés Manuel López Obrador (AMLO), der in seiner Antrittsrede am 1. Dezember erstmals die Pläne seiner Regierung in bezug auf die Flüchtlinge aus Zentralamerika vorgestellt hat:

Einerseits soll entlang der gesamten, über 3000 Kilometer langen Grenze zu den USA eine 25 Kilometer breite Freihandelszone entstehen, auf der Fabriken der US-amerikanischen Leichtindustrie ebenso errichtet werden sollen wie Textilunternehmen aus Südostasien oder Elektronikfirmen aus den EU-Ländern. Für diese Betriebe sollen die Steuern gesenkt, die Löhne der Beschäftigten angehoben werden. «Es wird die größte Freihandelszone der Welt dort entstehen, damit die mexikanischen Staatsbürger und die Zentralamerikaner nicht mehr in die USA emigrieren müssen», sagte López Obrador.

Andererseits will er mit den USA ein gigantisches Kooperationsprojekt im Rahmen der von Trump inszenierten NAFTA aushandeln, das den Süden Mexikos und den Norden Zentralamerikas zu einer Entwicklungsregion verbindet.

Und drittens hat sich auch die neugewählte Bürgermeisterin von Mexiko-Stadt, Gloria Sheinbaum, im Anschluss an das «Weltsozialforum der Migrationen», das vom 2. bis 4. November in den Räumen des mexikanischen Außenministeriums in Tlatelolco, dem Platz der drei Kulturen, stattgefunden hat, bereit erklärt, Mexiko-Stadt zu einer Ciudad Santuaria, einer Zufluchtsstadt, zu erheben, die sich im Rahmen eines weltumspannenden Städtebunds ganz besonders für Flüchtlinge einsetzen soll.

Wie dem auch sei: Der Exodus der ursprünglich aus Honduras stammenden Migrationsbewegung, der eine weltweite Aufmerksamkeit auf sich gezogen hat, hat den Teilnehmenden selbst bisher wenig gebracht. Er bildet jedoch einen historischen Wendepunkt in der Auseinandersetzung um die Migrationsproblematik, der gerade im Rahmen der Diskussion um den UN-Migrations- und Flüchtlingspakt eine besondere Rolle spielen könnte.